

Soziale Medien auf dem Vormarsch

Soziale Medien bekommen immer mehr Zulauf in Uganda. Aber ist die Freiheit in den Netzwerken gefährdet?

Uganda ist das jüngste Land der Welt – zumindest was die Bevölkerung angeht. Mehr als drei Viertel der Einwohner sind unter 30 Jahre alt.¹ Vermutlich erfreuen sich Twitter, Facebook, WhatsApp & Co. gerade deshalb immer größerer Beliebtheit im Land. Ende Juni 2016 gibt es in Uganda fast 12 Millionen Internetnutzer, ungefähr ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Immerhin 1,8 Millionen davon haben einen Facebook-Account. Noch vier Jahre zuvor waren es nur rund 560.000 Facebook-User.² Wie in anderen Teilen der Welt auch, findet in Uganda ein Ruck weg von traditionellen Medien und hin zu Onlinequellen statt. Laut dem Afrobarometer³ lesen sechs Prozent der Bevölkerung Nachrichten im Internet, 95 Prozent davon konsumieren Nachrichten über Facebook, sagt Rosebell Kagumire, Expertin für soziale Medien. Für viele Ugander ist das Smartphone mittlerweile ein fester Bestandteil des Alltags und aus diesem nicht mehr wegzudenken.

DIE REGIERUNG ZIEHT DEN STECKER

Als die Ugander aber am Morgen des 18. Februars dieses Jahres zu ihrem Smartphone greifen, ertönt nicht der bekannte Pfeifton für neue WhatsApp-Nachrichten. Sie können keine Tweets in die Welt schicken oder Facebook checken. Die sozialen Netzwerke sind tot, abgeschaltet durch die Regierung. Die Regulierungsbehörde Uganda Communications Commission (UCC) hatte die verschiedenen Telefonanbieter dazu aufgefordert, die sozialen Medien zu sperren. Der Grund: Sicherheitsbedenken. Zumindest offiziell. Terrorakte sollten durch das Blockieren ebenso verhindert werden wie mögliche Gewalttaten und das illegale Weiterführen von Wahlkampagnen. Der ugandische Präsident Yoweri Museveni begründete das Vorgehen so: „Manche Menschen missbrauchen die Netzwerke. Sie verbreiten Lügen. Wenn ihr das Recht auf soziale Medien haben wollt, nutzt sie verantwortungsvoll.“ Kritiker sahen als Grund eher die Furcht vor der Opposition; die organisierte sich vor allem über soziale Netzwerke und finanzierte sich über Mobile Money, einer Bezahlungsfunktion, mit der Geld über Handys gesendet werden kann. Auch dieses System wurde abgeschaltet.

Die Opposition hatte Beobachter zu den Wahlstationen geschickt, um zu zählen, wie viele Leute dort tatsächlich wählen gegangen sind. So sollten sogenannte Geisterwähler⁴ aufgedeckt und die Zahlen mithilfe von sozialen Netzwerken verbreitet werden. Durch die Sperre wurden sie ausgebremst. Und vermutlich sollte auch einer Kampagne entgegengewirkt werden, welche die Ugander dazu aufrief, Fotos mit Wahlzetteln oder dem von Tinte blau gefärbtem Daumen zu posten, um zu beweisen, dass sie gewählt haben.

1 www.ubos.org/2014-census/census-2014-final-results/

2 www.internetworldstats.com/stats1.htm

3 http://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Summary%20of%20results/uganda_r6_sor_en.pdf

4 Von der Regierung offizielle Zahlen enthalten oft mehr Wähler als tatsächlich in einer Station gewählt haben. Die Differenz wird als Geisterwähler bezeichnet.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

ANNE FLEISCHMANN

Juli 2016

www.kas.de/uganda

www.kas.de

Amnesty International bezeichnete die Blockade als Zensur, der Anwalt Nicholas Opiyo als willkürlich und rein politisch. „Die Entscheidung wurde nicht gesetzeskonform getroffen. Um die sozialen Medien abzuschalten, muss man einen Antrag bei der Ugandan Communications Commission stellen. Es muss eine Anhörung geben und die Behörde muss davon überzeugt sein, dass das zu ertragende Leid größer ist, wenn man die Netzwerke nicht blockiert. Es gab überhaupt keine legale Grundlage, auf der diese Entscheidung getroffen wurde“, erklärt Opiyo.

Insgesamt dauerte der Bann vier Tage an. Dennoch waren einige Menschen online. 1,5 Millionen Ugander umgingen die Sperre, indem sie sich sogenannte Virtual Private Networks (VPN) herunterluden, um eine ausländische IP-Adresse zu erhalten.⁵ Der VPN-Client täuscht vor, dass der Zugriff auf eine Seite aus einem anderen Land erfolgt. Das ermöglichte es den Ugandern trotz der Blockade, online zu kommunizieren. Der Hashtag #Ugandadecides (zu Deutsch: #Ugandaentscheidet) war tagelang unter den Toptrends auf Twitter.



Die Entrüstung über die Abschaltung der Netzwerke war groß, aber viele Nutzer machten sich über die Situation lustig. „Erst lässt er die sozialen Netzwerke sperren und dann lädt sich der Präsident selbst einen VPN-Client runter, um zu twittern“, schrieb eine Userin.



IST EIN NEUES GESETZ NOTWENDIG?

Doch die Lage ist ernster als diese Tweets zeigen. Als der Präsident im Mai vereidigt wird, werden wieder alle sozialen Netzwerke geblockt. Es ist ein erneuter Eingriff in das Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht auf Information. Laut Rosebell Kagumire schürt dieses Vorgehen der Regierung Furcht unter den Nutzern: „Die Menschen sind verängstigt, weil die Polizei damit droht, sie für ihre Posts festzunehmen.“ Und nicht nur das. Immer wieder ist ein neues Gesetz im Gespräch, dass die sozialen Medien überwachen soll. Offiziell soll es dazu dienen, gegen Verbrechen wie Terrorismus, Mobbing oder Pornographie vorzugehen. Doch Nicholas Opiyo sieht darin nur Ausreden. „Wir brauchen absolut kein Gesetz,

⁵ www.irinnews.org/maps-and-graphics/2016/02/19/ugandans-look-bypass-election-social-media-ban

UGANDA

ANNE FLEISCHMANN

Juli 2016

www.kas.de/ugandawww.kas.de

das die sozialen Netzwerke reguliert“, betont er. Uganda habe Gesetze, die alle möglichen Verbrechen abdecken. Es gebe Gesetze gegen Pornographie, Terrorismus, Hassrede. „Es wird immer Individuen geben, die die Freiheit in sozialen Medien ausnutzen und sich falsch verhalten. Aber die gibt es überall, in jeder Bar, in jedem Fußballstadium. Es geht darum, diese Individuen zu bestrafen und dafür haben wir in Uganda genügend Gesetze. Diese Regierung fühlt sich nur nicht wohl mit freiem Raum, in dem Menschen offen über Probleme reden können, die sie betreffen.“ Kagumire hält ein eigenes Gesetz für soziale Medien dagegen für unabdingbar: „Nur weil sich die Regierung nicht immer an die Regeln hält, heißt es nicht, dass ein Gesetz nicht notwendig ist. Jede Regierung dieser Welt sollte diese Gesetze haben, sie sind sehr wichtig.“ Doch auch sie ist sich nicht ganz sicher, ob die Regierung ein potenzielles Gesetz nicht ausnutzen würde, um die Netzwerke zu kontrollieren und zu zensieren.

KRITIK UNERWÜNSCHT

Denn genau das passiert schon jetzt – ohne spezielles Gesetz für soziale Medien. Ein Beispiel dafür ist Robert Shaka, er wurde im Sommer 2015 festgenommen.⁶ Zuvor hatte er auf seinem Facebook-Account unter dem Namen Maverick Blutaski immer wieder Kritik an der ugandischen Regierung gepostet. Grundlage seiner Festnahme war der Paragraph 25 des Computer Misuse Acts. Der ist allerdings sehr vage formuliert und besagt, dass eine Person, die den Frieden oder die Privatsphäre einer anderen Person stört, bis zu einem Jahr ins Gefängnis kommt.⁷ Opiyo war in dieser Sache der Anwalt von Shaka und hält den Paragraphen 25 für verfassungswidrig: „Er schränkt die Freiheit auf Meinungsäußerung ein, das geht weit über eine kleine Schwäche im demokratischen System hinaus.“

„Sie zensieren die sozialen Medien, auch ohne Gesetz. Wie soll das dann mit Gesetz aussehen?“, fragt Maureen Akena, die Beraterin für Kommunikation ist. „Die ugandische Regierung mag keine Kritik, also reagiert sie darauf. Sie fühlt sich bedroht. Und vergisst dabei, dass Kritik ein Element eines demokratischen Systems ist.“ Und genau das ist gefährlich, da sich das Land mit jeder Zensur weiter davon entfernt, eine Demokratie zu sein.

SOZIALE MEDIEN SIND WIE EINE BAR

Dabei scheint die Furcht der Regierung vor einer Zusammenrottung via soziale Medien unbegründet. Online wird zwar viel geredet, Taten folgen aber selten. „Soziale Netzwerke sind wie ugandische Bars. Wenn du hier in eine Bar gehst, reden die Leute über alle möglichen Sachen und scheren sich nicht um die Regierung. Aber nach der Bar gehen sie heim und schlafen“, erklärt Opiyo. Ein ugandischer Frühling, ähnlich dem arabischen Vorbild, sei unmöglich.

Die Furcht vor sozialen Medien entsteht auch aufgrund von Unwissenheit. Viele Minister oder Regierungsvertreter kennen weder das Prinzip von Facebook noch von Twitter. Sie verstehen nicht, wie die Plattformen funktionieren und erwarten deshalb nur Schlechtes. „Aufgrund ihrer Unwissenheit und Angst, leiden sie unter Verfolgungswahn“, sagt Opiyo. Ein Mitglied des Parlaments habe mal zu ihm gesagt, er nutze sein Tablet nur, um damit Fotos zu schießen oder darauf zu spielen. Er hätte keinen Schimmer gehabt, wie das Gerät funktioniert. Auch Kagumire sieht in den Blockaden der sozialen Medien einen Beweis für die Unkenntnis der Regierung. „Ich denke, sie wollen die Netzwerke kontrollieren, aber das

6 Mehr Informationen dazu auch unter: www.kas.de/wf/doc/kas_43033-1522-2-30.pdf?151210134644

7 www.nita.go.ug/sites/default/files/publications/Computer-Misuse-Act.pdf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

ANNE FLEISCHMANN

Juli 2016

www.kas.de/uganda

www.kas.de

ist hart. Und sie wissen nicht, wie sie es anstellen sollen. Anstatt zu lernen, was zu tun ist, entscheiden sie sich für eine völlige Abschaltung.“

Regierungsabgeordnete, vor allem auf lokaler Ebene, und -institutionen sollten dieses Versäumnis möglichst schnell nachholen und lernen, mit sozialen Medien umzugehen. Das wäre auch zu ihrem eigenen Vorteil, da sie dann mit den Bürgern direkt kommunizieren können. Einige, wie das Gesundheitsministerium, haben die Vorteile, die Twitter & Co. bieten, schon für sich entdeckt und informieren auf ihrer Seite regelmäßig über die Vorgänge im Ministerium.

SOZIALE MEDIEN SIND MEHR ALS NUR ZEITVERTREIB

Soziale Medien verbinden. Sie vernetzen, auch Regierung und Bürger. Vor allem auf lokaler Ebene bieten Twitter und Facebook eine einfache Lösung, um miteinander in Kontakt zu sein. Regierungsvertreter können darüber informieren, an was sie gerade arbeiten, was passiert. Und Bürger können sich mit Fragen oder Kritik problemlos und direkt an ihre Regierung wenden. Durch diesen Austausch wächst das gegenseitige Verständnis füreinander. Denn es sind nicht nur die Menschen in Kampala, die das Internet und soziale Medien nutzen. Die Social-Media-Welle schwappt auch immer mehr in ländlichere Gegenden. Das beobachtet auch Kagumire: „Ich sehe immer mehr Tweets in Luganda oder anderen nationalen Sprachen. Wer Zugang zu Internet hat, ist auch in sozialen Netzwerken aktiv.“

Soziale Netzwerke bieten außerdem eine Chance für die Berichterstattung in Uganda. Bis vor einigen Jahren musste man sich noch komplett auf die traditionellen Medien in Uganda verlassen. Da diese unter dem Druck der Regierung stehen und sich oft selbst zensieren, dringen nicht alle Informationen an die Öffentlichkeit. Vor allem durch Twitter und Facebook ändert sich langsam auch die Medienlandschaft in Uganda und es entwickelt sich ein sogenannter „citizen journalism“, Bürgerjournalismus. Das bedeutet, dass jeder Reporter sein kann. Durch Internet und Smartphone kann man jederzeit und von überall berichten und Fotos posten. Jeder hat die Möglichkeit, gehört zu werden. „Man kann jetzt schreiben ohne von einem Redakteur gesagt zu bekommen, man soll Teile seines Textes streichen, um die Regierung nicht zu kränken“, begeistert sich Akena. Damit gewinnen die Ugander vor allem ein Stück Kontrolle zurück. Fehlmeldungen oder verdrehte Informationen lassen sich leichter entlarven und die Regierung muss sich – zumindest ein wenig – auf die Finger schauen lassen.